DAS SPRACHROHR der Ahnataler SPD

NR. 1/1996 März 1996

Bürgermeisterwahl in Ahnatal:

Eine Frau kandidiert für die SPD

Anfang Februar stellten die SPD-Ortsvereine Heckershausen und Weimar ihre Kandidatin für die Bürgermeisterwahl im Oktober dieses Jahres vor. Nach dem Willen der Ahnataler Sozialdemokraten soll Regina Heldmann (38) Nachfolgerin von Bürgermeister Karl Heinz Poetzsch werden, der sich nach 24 Amtsjahren nicht mehr zur Wiederwahl stellen wird.

Die jetzige Amtszeit von Bürgermeister Poetzsch läuft Anfang nächsten Jahres aus. Ein Nachfolger ist entsprechend der neuen Hessischen Kommunalverfassung von den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde direkt zu wählen. Der Sozialdemokrat Karl Heinz Poetzsch, der seit 1973 Bürgermeister in Ahnatal ist, wird nicht mehr kandidieren. Er will nach Ablauf seiner Amtszeit in den wohlverdienten Ruhestand gehen.

Bürgermeister Poetzsch hat dann 24 Jahre lang, zusammen mit den Sozialdemokraten im Gemeindevorstand und in der Gemeindevertretung, die Kommunalpolitik in unserem Ort geprägt und in dieser Zeit Ahnatal zu einer attraktiven Gemeinde gemacht, in der es sich gut leben läßt. Eine intakte moderne Infrastruktur ist entstanden, die den Bürgerinnen und Bürgern viel Lebensqualität bietet. Die Dorferneuerung in Weimar und Heckershausen, die Kindergärten, die Sporthalle, ein modernes Klärwerk, hervorragende und gut genutzte Freizeiteinrichtungen am Bühl und am Stahlberg, die Schwesternstation, die Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr sollen hier nur als einige Beispiele erfolgreicher sozialdemokratischen Kommunalpolitik in diesen Jahren genannt werden. Dank sparsamer Haushaltsführung und maßvoller Investitionspolitik sind bei all den Leistungen die gemeindlichen Finanzen in Ordnung, Ahnatals Verschuldung ist vergleichsweise niedrig und liegt erheblich unter dem Kreisdurchschnitt.

Damit die erfolgreiche Politik weitergeführt werden kann, hat sich die SPD frühzeitig um eine Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger bemüht. Die Vorstände der beiden SPD Ortsvereine, die gemeinsam in den vergangenen Monaten eine Reihe von Gesprächen geführt hatten, haben in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung im Februar den Ortsvereinen schließlich eine Kandidatin, die 38jährige Regina Heldmann aus Baunatal vorschlagen. Von Beruf Diplom-Verwaltungswirtin, derzeit Dienststellenleiterin des Hessischen Übergangswohnheimes Beberbeck, bringt die Kandidatin die für das Amt wichtigen fachlichen Voraussetzungen und Erfahrungen mit.

Nachdem Regina Heldmann den Mitgliedern der SPD-Ortsvereine ihre Vorstellungen zur Gestaltung ihrer Arbeit und Politik als Bürgermeisterin in Ahnatal vorgetragen hatte, wurde sie in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit als Bürgermeisterkandidatin der SPD gewählt. Die Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß Regina Heldmann als Bürgermeisterin aller Ahnatalerinnen und Ahnataler sozialdemokratische Kommunalpolitik in Ahnatal fortsetzen kann und wird.

Regina Heldmann sieht nach eigenem Bekunden auch heute, bei knapperen Kassen, durchaus noch Gestaltungsspielraum und ist sicher, sich auch bei schwierigen politischen Mehrheitsverhältnissen noch genügend Freiraum für die erfolgreiche Fortentwicklung der Gemeinde schaffen und bewahren zu können. Die Bereitstellung von Kindergartenplätzen für alle Kinder, der weitere Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Erhaltung und weitere Verbesserung der Gemeinschaftseinrichtungen und die weitere Zusammenführung der beiden Ortsteile nannte sie als Schwerpunkte ihres Programms. Dabei sind ihr ökologische Aspekte ebenso wichtig wie ökonomische.

Auf der letzten Seite stellen wir Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Regina Heldmann näher vor. Sie werden in den nächsten Wochen und Monaten sicher auch Gelegenheit bekommen, Regina Heldmann persönlich kennen zu lernen. Unsere Kandidatin will viele örtliche Veranstaltungen, nicht nur die der SPD, besuchen.

Sie freut sich auf das Gespräch mit Ihnen!

Einkaufsmarkt in Weimar:

Gibt es eine „Kombi-Lösung“?

Das Thema „Einkaufsmarkt in Weimar“ sorgte in den letzten Wochen und Monaten für Diskussionsstoff. Nachdem ALDI, der Wunschkandidat vieler Ahnataler, mit einem indiskutablen Kaufpreisangebot reichlich Desinteresse an einer Ansiedlung demonstriert hatte, bietet sich derzeit als Alternative eine Lösung an, die nicht nur finanziell attraktiv ist, sondern langfristig gesehen für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger durchaus von Vorteil sein könnte.

Noch einmal kurz zur Erinnerung: ALDI, für deren Ansiedlung sich in der Bürgerbefragung eine Mehrheit ausgesprochen hatte, ist aus welchen Gründen auch immer nicht bereit, den von der Gemeinde geforderten Grundstückspreis zu zahlen. Die Gemeinde verlangt für das Grundstück 102 DM/qm plus 67 DM/qm als Erschließungskosten. ALDI bot insgesamt max. 88 DM/qm an, was einem Grundstückspreis von 21 DM/qm entsprechen würde. ALDI will außerdem nur etwa die Hälfte des Grundstücks kaufen. Verhandlungen, die der Gemeindevorstand zwischenzeitlich mit der für ALDI tätigen Immobilienfirma geführt hat, haben deutlich gemacht, daß ALDI auch kein Interesse daran hat, an anderer Stelle in Ahnatal, z.B. im Gewerbegebiet einen Markt einzurichten.

Ein Verkauf des Grundstücks zu dem von ALDI gebotenen Preis, der weit unter dem Marktwert liegt, ist nicht möglich. Daß die Preisvorstellungen der Gemeinde durchaus realistisch sind, haben die zwischenzeitlich eingegangenen Angebote einiger Mitbewerber gezeigt. Diese sind sogar bereit, noch erheblich mehr zu zahlen, als von der Gemeinde verlangt wird und außerdem sichern sie der Gemeinde ein Mitspracherecht bei der Planung der Anlage und Auswahl des Betreibers zu. Eines der letzten Angebote liegt bei 130 DM/qm plus Erschließung. Insgesamt 1,3 Millionen DM will ein weiterer Interessent der Gemeinde zahlen! Auf dem Gelände sollen dann allerdings zwei Läden entstehen, die z.B. an einen Vollsortimenter wie EDEKA oder REWE und an ALDI verpachtet würden. Zu einer solchen „Kombi-Lösung“ haben sich EDEKA bzw. REWE und interessanterweise auch ALDI (!) gegenüber der Gemeinde inzwischen zustimmend geäußert.

Nun ist die Ansiedlung von 2 Märkten am Weimarer Ortseingang eigentlich nicht vorgesehen. Bedenken, wie sie schon verschiedentlich geäußert wurden, sollen nicht einfach ignoriert werden. Vor und Nachteile einer solchen Kombi-Lösung wollen sorgfältig abgewogen werden.

Dabei darf man es sich in der Argumentation allerdings nicht so einfach machen, wie zum Beispiel der Gewerbeverein. Das in Frage kommende Gelände ist nicht, wie behauptet, ein „Randbereich“, sondern der „halbe Weg“ vom Wohngebiet Kammerberg zum Ortsteil Weimar und nur ca. 250 m vom Weimarer „Ortskern“ entfernt. Die Feststellung, daß ein Einkaufsmarkt „am Ortsrand“ nur noch mit dem Auto erreichbar sei, gilt, sofern sie berechtigt ist, für den Kammerberg schon seit vielen Jahren. Das befürchtete höhere Verkehrsaufkommen ist für die Ortskerne von Weimar und Heckershausen in den Stoßzeiten schon heute Realität. Das Verkehrsaufkommen kann eigentlich durch eine Verlagerung von Einkaufsmöglichkeiten in den vorgesehenen Bereich nur geringer werden.

Die Bürgerbefragung hat gezeigt, d[illegible] der Discounter ALDI viele Kunden aus Ahnatal hat. Für diese Kunden würde ein ALDI-Markt in Ahnatal kürzere und billigere Anfahrten bedeuten. So käme eine Kombi-Lösung unter Beteiligung von ALDI dem Wunsch vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger entgegen. Ein höheres Verkehrsaufkommen durch ALDI-Kunden von außerhalb wäre, wegen der direkten Anbindung an die Kreisstraße, für die Ahnataler Ortskerne und Wohngebiete kaum eine zusätzliche Belastung.

Die zur Zeit möglich erscheinende Kombi-Lösung, nämlich Ansiedlung von Vollversorger **und** ALDI am Weimarer Ortseingang würde die Versorgung der Ahnataler, insbesondere der Weimarer Bevölkerung mit Lebensmitteln u[illegible] sonstigen Artikeln des täglichen Bedarfs oder die örtliche Infrastruktur bestimmt nicht gefährden, wie vom Gewerbeverein behauptet. Wenn man die aktuelle Situation nüchtern betrachtet, wird die Versorgung alles in allem, bei kürzeren Anmarsch- bzw. Anfahrtswegen, eher langfristig sicherer und der Weimarer Ortskern mit weniger Durchgangsverkehr bestimmt attraktiver.

Und eines darf in der heutigen Zeit der strapazierten kommunalen Finanzen beim Abwägen von Für und Wider nicht außer acht gelassen werden: Ahnatal kann es sich eigentlich nicht leisten bei den vorliegenden Angeboten die „Wiese grün bleiben“ zu lassen. Wenn die Gemeinde das Grundstück günstig verkaufen kann, wird dies die finanziellen Rahmenbedingungen für notwendige Investitionen in den kommenden Jahren erheblich verbessern, was wiederum allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugute kommt.

Gewerbeverein - Quo vadis?

Wir haben es begrüßt, als sich im vergangenen Jahr die Ahnataler Gewerbetreibenden in einem Verein zusammenschlossen. Dieser Verein ist notwendig, seine Gründung war schon längst überfällig.

Mit zunehmender Verwunderung beobachten wir aber inzwischen die offiziellen Aktivitäten dieses Vereins. Diese konzentrieren sich offensichtlich derzeit allein darauf, die mit der Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes am Weimarer Ortseingang für den einen oder anderen unter Umständen entstehende Konkurrenz um jeden Preis zu verhindern.

Ungeachtet der Tatsache, daß sich auch ein Mitglied des Vereins um diesen Standort beworben hat, wird massiv Stimmung gegen eine Marktansiedlung gemacht. Die Ahnataler Gewerbetreibenden „sehen ihre Existenz bedroht“, heißt es in einem reißerischen Artikel eines Kasseler Anzeigenblattes, sogar von einer „Entscheidung über Leben und Tod ortsansässiger Einzelhändler“ ist da die Rede und in Anzeigen und Flugblättern wird dem Leser suggeriert, daß in Ahnatal die Lichter ausgehen, falls ein neuer Markt entsteht.

Eine derartige Panikmache von Seiten einer Gruppierung, die eigentlich an der Stärkung der örtlichen Wirtschaftskraft interessiert sein sollte, ist kaum zu verstehen. Denn Tatsache ist doch, daß eine Marktansiedlung nur mit einigen wenigen Geschäften in Ahnatal tatsächlich konkurrieren würde.

Und sind es nicht gerade die Gewerbetreibenden, die akzeptieren müßten, daß Konkurrenz in unserer Marktwirtschaft eigentlich die Normalität ist, die doch, wie die Befürworter der freien Marktwirtschaft ständig behaupten, „das Geschäft belebt“.

Wir klagen gegen die Grundwasserabgabe!

-oder wie die Ahnataler CDU dem Bürger angeblich Kosten ersparen will.

Für die Förderung von Grundwasser haben die Gemeinden in Hessen und einigen anderen Bundesländer eine sogenannte Grundwasserabgabe zu zahlen. Die an das Land abzuführende Abgabe soll dazu anhalten, mit dem Lebenselement Trinkwasser sparsam umzugehen und sie wird zweckgebunden z. B. für Zuschüsse für den Einbau von Brauchwasseranlagen verwendet. Die Gemeinde muß die Grundwasserabgabe natürlich auf die Wassergebühren aufschlagen und Sie liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger zahlen sie letztendlich mit ihrer Wasserrechnung.

Gegen diese Grundwasserabgabe, die ökologisch unbestritten sinnvoll ist, haben eine Reihe von Gemeinden geklagt, weil sie der Auffassung waren, daß die Abgabe verfassungswidrig sei. Auch die Ahnataler CDU war dieser Meinung und hatte deshalb im März vergangenen Jahres beantragt, daß die Gemeinde Ahnatal gegen die Abgabebescheide Widerspruch einlegt und sich der Klage anschließt. Letzteres durch Beitritt zu einer sogenannten Prozeßkosten- (!) und Klagegemeinschaft.

In der Gemeindevertretung mußte die CDU sich dann zunächst sagen lassen, daß nicht die Gemeinde, sondern der Wasserbeschaffungsverband Dörnberg abgabenpflichtig ist und deshalb auch nur der Widerspruch gegen die Bescheide einlegen kann. Einen Beitritt zur Prozeßkosten- und Klagegemeinschaft hat die SPD abgelehnt, weil damit unter Umständen erhebliche Kosten auf die Gemeinde zugekommen wären.

Daß die Ablehnung des CDU-Antrag seinerzeit richtig war, hat sich inzwischen herausgestellt. Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundwasserabgabe für rechtmäßig erklärt. Wären wir dem CDU-Antrag gefolgt, müßten wir jetzt nicht nur die Grundwasserabgabe bezahlen, die Gemeinde und damit Sie alle, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, dürften sich auch noch an den Prozeßkosten beteiligen.

Der Ahnataler CDU ging es mit ihrem Antrag aber sowieso nicht darum, den Bürgerinnen und Bürgern Kosten zu ersparen. Die CDU will, und das nicht nur in Ahnatal, mit solchen Aktionen allein die Politik der SPD und der rot/grünen hessischen Landesregierung diskreditieren.

Wollte die Ahnataler CDU den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich Kosten ersparen, so müßte sie konsequenterweise gegen fast alle Beschlüsse der Bundesregierung klagen. Die Bonner Politik von CDU und FDP ist es, die den Kommunen langsam jeglichen finanziellen Spielraum nimmt. Rücksichtslos werden Kosten auf die Kommunen und deren Einwohner abgewälzt. Auf der anderen Seite fließen nahezu unkontrolliert Milliarden an Subventionen an Kumpaneien von Großkonzernen und Banken wie z.B. bei Vulkan in Bremen und versickern dann in dunklen Kanälen. Den Kanzler scheint dies alles nicht zu interessieren, er verfaßt inzwischen Kochbücher, der sogenannte Wirtschaftsminister ist ahnungs- oder skrupellos und der „geniale“ Finanzminister stellt nur immer wieder fest, daß noch ein Loch im Eimer ist, durch das wieder -zig Milliarden verschwunden sind. In einem sind sie sich allerdings einig: Schuld an allem sind die Arbeitslosen, die kleinen Leute und ehrlichen Steuerzahler und deshalb sollen die die Zeche bezahlen.

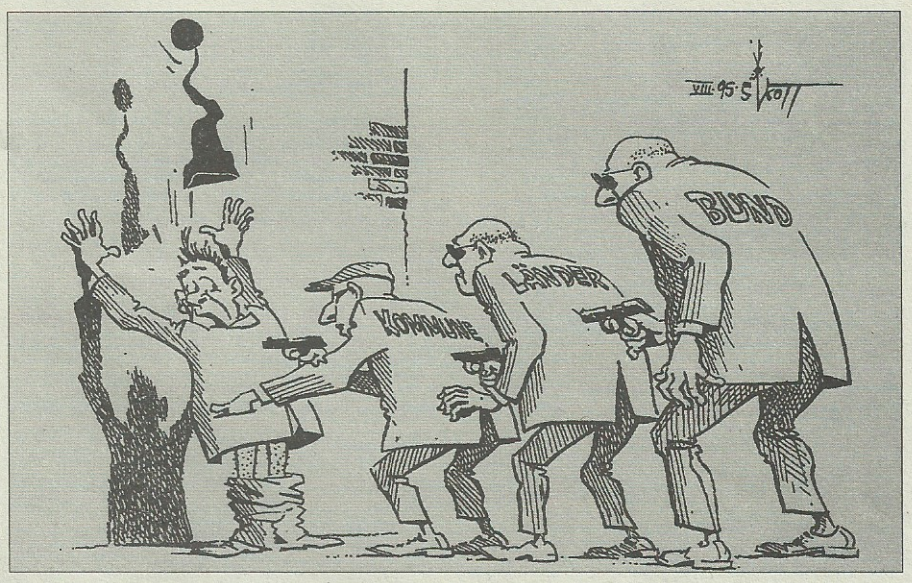
Es ist wahrlich an der Zeit, daß hier etwas geschieht. Einer Klage der Ahnataler CDU gegen diese (Un-)Taten von Kohl und Co. würden wir uns sofort anschließen.

Keine Kürzung der Arbeitslosenhilfe!

Gegen die erneuten Pläne der Bundesregierung, die Arbeitslosenhilfe zu kürzen, wendet sich nachdrücklich die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik. Vielmehr unterstützt sie das von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG).

Mehr als 38.000 bisherige Empfänger von Arbeitslosenhilfe wären gezwungen, Sozialhilfe zu beanspruchen. Zusätzliche Kosten der Arbeitslosigkeit von 600 Millionen DM würden den Kommunen aufgebürdet, sollte sich Kanzler Kohl durchsetzen. Die Kommunen haben bereits in den vergangenen Jahren in hohem Maße Lasten aufgrund zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit übernommen. Zu einem Zeitpunkt aber, wo die kommunale Ebene nach den Konsolidierungserfolgen der früheren Jahre erneut vor der schwierigen Aufgabe weiterer Einsparungen steht, ist nicht absehbar, wie angesichts der geplanten Änderungen zum Arbeitsförderungsgesetz die insgesamt ca. 1,5 Milliarden DM Mehrbelastung der kommunalen Ebene refinanziert werden sollen. Die Bundesregierung jedenfalls schweigt hierzu.

Die geplante Regelung zum AFG bedeutet eine weitere Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit. Sozialämter werden in zunehmenden Maße als Ersatzarbeitsämter mißbraucht. Die Bundesregierung ist demgegenüber aufgefordert, endlich ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung in verstärktem Maße nachzukommen. Anstelle isolierter Änderungsüberlegungen in Einzelgesetzen ist ein Reformprojekt in Angriff zu nehmen, das Wirtschafts-, und Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik integriert, stellt die SPD fest.



Das Räuberspiel

Der Bund zieht sich aus immer mehr Aufgaben zurück und wälzt diese auf die Länder und Kommunen ab. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung wird dadurch ausgehöhlt. Der Dumme ist letztlich der Bürger, der von seiner Gemeinde stärker zur Kasse gebeten wird.

Regina Heldmann

- unsere Bürgermeisterkandidatin für Ahnatal

Realistin und Himmelsstürmerin - so könnte man Regina Heldmann mit zwei Worten charakterisieren. Während sie in Beruf und Politik mit beiden Füßen fest auf dem Boden steht, kratzt sie in ihrer Freizeit gelegentlich auch mal an den Wolken. Als Gleitsegelpilotin zieht es sie hoch hinaus.

Als eine der ersten Frauen in Deutschland überhaupt hat Regina Heldmann 1990 die Berechtigung erlangt, mit diesem Fluggerät Überlandflüge durchzuführen. Dafür braucht sie Zielstrebigkeit und die Erkenntnis, daß der direkte Weg nicht immer der schnellste ist; sie muß jederzeit die Orientierung behalten, auch, wenn es einmal turbulenter wird; schnelle Reaktionsfähigkeit ist genauso gefragt wie Geduld und Ausdauer.

Mit diesen Eigenschaften hat Regina Heldmann auch in ihrem Beruf Erfolg. Die Diplom-Verwaltungswirtin hat ihr Handwerk von der Pike auf gelernt. Bereits 1973 hat sie beim Regierungspräsidium mit der Verwaltungsausbildung begonnen. Heute ist sie Leiterin des Hessischen Übergangswohnheims Beberbeck.



Mit viel Engagement und Ideenreichtum betreut sie mit ihren 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Spätaussiedlerinnen und -aussiedler in den Kreisen Kassel und Waldeck-Frankenberg. Als Verwaltungschefin legt Regina Heldmann großen Wert auf ein gutes Betriebsklima. Ein kooperativer Führungsstil, Teamfähigkeit und permanente Qualitätsverbesserung sind ihr wichtig. „Stillstand ist Rückschritt" lautet eine ihrer Lebensmaximen. Im Mittelpunkt bei allem stehen für sie jedoch die ihr anvertrauten Menschen und deren Wohl.

Um etwas zu erreichen ist sie auch bereit, außergewöhnliche Wege zu gehen. Durch Kooperationen mit Verbänden, mit Vereinen und mit anderen öffentlichen Stellen ist es ihr zum Beispiel gelungen, Sport- und Spielgeräte zu beschaffen und einen Jugendraum einzurichten, obwohl das Land hierfür keine Mittel bereitstellen konnte. Dies als ein Beispiel dafür, daß sie das aufbringen kann, was gerade in den heutigen Zeiten knapper Finanzmittel öffentlicher Haushalte häufig von Nöten ist - viel Phantasie.

Bereits seit ihrer Kindheit ist sie im Sportverein ihrer Heimatstadt Baunatal engagiert. Eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen hält Regina Heldmann daher auch aus eigener Erfahrung für unverzichtbar. Da sich unsere Gesellschaft immer mehr zu einer vom Egoismus dominierten Ellenbogengesellschaft entwickelt, in der immer weniger Menschen bereit sind, sich auch für andere oder die Allgemeinheit zu engagieren, leisten die Vereine einen überaus wichtigen und dabei sehr preisgünstigen Beitrag für ein soziales Miteinander. Diese Leistungen will Regina Heldmann als Bürgermeisterin durch gezielte Förderung der Vereinsarbeit unterstützen.

Seit 23 Jahren ist Regina Heldmann aktives Gewerkschaftsmitglied in der ÖTV. Sie hat dort, angefangen von der Gewerkschaftsjugend bis hin zur großen Tarifkommission, immer wieder bewiesen, daß sie das Vertrauen ihrer Kolleginnen und Kollegen, die sie als ihre Interessenvertreterin in diese Funktionen gewählt haben, verdient.

Durch ihre Mitarbeit in der Projektgruppe Staatsmodernisierung der SPD Hessen-Nord entwickelt sie gemeinsam mit anderen schon heute Konzepte für die Zukunft.

Mit ihrer Sachkompetenz, ihrer fundierten Qualifikation und Berufserfahrung, mit Engagement, Ideenreichtum und der Fähigkeit, auch an unkonventionelle Lösungen zu denken, bietet Regina Heldmann alle Voraussetzungen, Politik für und mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde zu gestalten.

„Politik muß für die Bürgerinnen und Bürger transparent sein; sie müssen sich mit ihren Interessen in den kommunalpolitischen Entscheidungen wiederfinden." Dies hat sie sich für ihre zukünftige Arbeit als Bürgermeisterin in Ahnatal vorgenommen.

- DAS SPRACHROHR -

Herausgeber: SPD Ahnatal
Redaktion: Gerhard Schreiber
Weidenweg 18
34292 Ahnatal
Druck: MDM, Kassel
Auflage: 3300
Das SPRACHROHR erscheint mehrmals im Jahr und wird kostenlos an alle Haushalte in Ahnatal verteilt.